

*„Ich liebe meine Partei“, schrieb Jenny Baltus-Möres am Dienstag auf Facebook. Die Liebeserklärung der deutschsprachigen Regionalabgeordneten galt den frankofonen Liberalen, die sich in einer neuen Parteidoktrin „ganz offiziell“ zu einem Belgien zu viert bekennen wollen. DG-Ministerpräsident Oliver Paasch (ProDG) zeigte sich zufrieden und will im Sommer weiter die Werbetrommel rühren.*

Das institutionelle Modell „Belgien zu viert“ sieht ein Belgien mit vier gleichberechtigten Teilstaaten vor: Darin wäre neben den drei bestehenden Regionen Flandern, Wallonie und Brüssel auch die DG eine vollwertige Region und damit gleichberechtigt zu den anderen Teilstaaten. Die MR spricht sich in ihrer neuen Doktrin auch für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gliedstaaten aus, beispielsweise über Dekrete, die für mehrere Teilstaaten gelten könnten.

Oliver Paasch: „Unsere Forderungen sind präventiver Art.“

Verschiedene liberale Kräfte, darunter auch die deutschsprachige PFF, hatten sich im März 2002 zum „Mouvement Réformateur“ (MR) unter einem Dach zusammengeschlossen. Nun will die MR ganz offensichtlich das von deutschsprachiger Seite geforderte Modell des Belgien zu viert offiziell in der Programmatik verankern. Das soll über eine neue Parteidoktrin geschehen, an der momentan gearbeitet wird. Auch die PFF sei aufgefordert, sich dabei einzubringen, meint die PFF-Vorsitzende Katrin Jadin auf GE-Anfrage. Noch befindet man sich aber in der Ausarbeitungsphase. Die gesammelten Vorschläge der Mitglieder und Sympathisanten sollen in einen Text fließen, der dann von allen Mitgliedern bei einem Kongress im Herbst (wahrscheinlich im Oktober) gutgeheißen werden soll. Die PFF sieht die Verankerung des Belgien zu viert als das Ergebnis von „jahrelangen Aufrufen“ an.

MR-Vertreter aus dem wallonischen Parlament und der heutige Außenminister Didier Reynders hätten sich bereits zu einem Belgien zu viert bekannt. „Hinzu kommt, dass durch die engen Kontakte der PFF zur MR schon viele wichtige DG-Belange in der Vergangenheit fest verankert werden konnten“, sagt Katrin Jadin. Sie erinnert beispielsweise an den Erhalt des eigenen Gerichtsbezirkes oder der Übertragung von Zuständigkeiten von Namur nach Eupen. Das Prinzip der Übertragung regionaler Zuständigkeiten habe man ohnehin dem Einsatz des ehemaligen Kammerabgeordneten Fred Evers zu verdanken.

Die Mitte-rechts-Regierung (N-VA, CD&V, Open VLD und MR) auf föderaler Ebene hat den gemeinschaftspolitischen Stillstand bis zu den nächsten Wahlen 2019 ausgerufen. Aber dann dürften die Debatten, die möglicherweise zu einer siebten Staatsreform führen könnten, wieder losgehen. „Die Liberalen wollen sich mit der neuen Doktrin dieser Diskussion stellen, ihre Vorstellungen verdeutlichen und entsprechend vorbereitet sein“, so Katrin Jadin.

Erfreut über den MR-Vorstoß ist auch Oliver Paasch. Der Ministerpräsident nutzt den Sommer, um bei Regierungsmitgliedern auf verschiedenen Ebenen Lobbyarbeit für das Belgien zu viert zu betreiben. Am Dienstag hatte er beispielsweise eine Unterredung mit Föderalminister Kris Peeters (CD&V). „Ich habe den Eindruck, dass sich da etwas tut.“ Im frankofonen Landesteil wünscht man sich vielfach neben Flandern und der Wallonie eine Stärkung der Brüsseler Region. In Flandern will man dagegen nichts von einer möglichen Eigenständigkeit Brüssels wissen. Bisher galt im Norden des Landes die Formel „2+2“: Neben Flandern und der Wallonie hätten Brüssel und die DG nicht das gleiche Statut. „Doch inzwischen sind die Rückmeldungen aus Flandern anders“, so der Eupener Regierungschef.

Die Flamen würden zwar auch weiterhin keine Stärkung der Brüsseler Hauptstadtregion akzeptieren, wohl aber Verständnis für die Wünsche der DG mitbringen. „Ein Belgien zu dritt mit der DG als dritter Komponente neben Flandern und der Wallonie. Entscheidend ist in meinen Augen, dass die DG in allen Modellen gleichberechtigt ist.“

Oliver Paasch weist auf den Kontext der Forderungen hin, die auf eine Parlamentsresolution vom Juni 2011 zurückgehen. „Es ist ja nicht so, dass wir eine siebte Staatsreform fordern. Wir sagen lediglich, dass wir gleichberechtigt werden wollen, wenn es weitere institutionelle Umwälzungen geben wird.“ Sollten bei einer neuen Staatsreform beispielsweise umfangreiche Befugnisse an die Regionen übertragen werden, könnte die Deutschsprachige Gemeinschaft im Zusammenspiel der verschiedenen Gliedstaaten auf der Strecke bleiben. „Eine reale Gefahr für uns. Vor diesem Hintergrund sind unsere Forderungen präventiver Art.“

Von Christian Schmitz

Copyright © 2016 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten